



Die legendären Diamant-Grenadiere im Einsatz – Lauert die Gefahr hinter der Tür?

AZB
3001 Bern

Post CH AG



gedruckt in Zürich auf 74 % Recycling-Papier

Zu Besuch bei der Einsatzgruppe Diamant

EVP und Kantonspolizei – eine bewährte Partnerschaft



Markus Schaaf
EVP-Kantonsrat
Zell-Rämismühle

Seit fünf Jahren bin ich Präsident vom Personalverband der Kantonspolizei Zürich. Ich durfte diese Aufgabe als Nachfolger von Peter Reinhard übernehmen. Als Verbandspräsident setze ich mich für die Interessen der rund 3000 Mitglieder ein.

Bei den regelmässigen Treffen mit dem Sicherheitsdirektor Mario Fehr und dem Kommandanten Marius Weyermann tauschen wir uns über die Anliegen der Polizei und ihrer Mitarbeitenden aus. Es war für mich eine ganz neue Welt, die ich in den vergangenen Jahren kennenlernen konnte. Ich weiss jetzt, dass es für den Polizeidienst eine zweijährige Ausbildung braucht und dass es neben den vereidigten Polizisten auch Sicherheitsassistenten und Zivilangestellte gibt. Es gibt mehr als 50 Nebenämter, z. B. als Polizeigrenadier, Hundeführerin, Verhandlungsführerin oder Schiessinstruktor.

Die Arbeit der Kantonspolizei genießt in der Bevölkerung zu Recht hohes Ansehen und grossen Respekt. Auch im Kantonsrat kann die Kantonspolizei auf Sympathie und Unterstützung zählen. Dank der guten Zusammenarbeit von Kommando, Regierung und Parlament verfügt die Kantonspolizei heute über gute Ausbildungsmöglichkeiten, gute Ausrüstung und gute Anstellungsbedingungen. Das ist ein Vor-

teil im harten Ringen um die besten Mitarbeitenden.

Ein besonderes Erlebnis war der letzte Fraktionsausflug. 2023 feierte die Einsatzgruppe Diamant ihr 50-jähriges Jubiläum. Nach einer Reihe von Terroranschlägen wurden 1973 die ersten Polizeigrenadiere als Sondereinheit ausgebildet. 20 Jahre später erhielt sie den legendären Namen «Einsatzgruppe Diamant» (EGD). Unter der Führung von vollamtlichen InstruktorInnen führten uns die Mitglieder der EGD ihre Ausrüstung vor und demonstrierten ihr gefährliches Handwerk.

«Nach einer Reihe von Terroranschlägen wurden 1973 die ersten Polizeigrenadiere als Sondereinheit ausgebildet. 20 Jahre später erhielt sie den legendären Namen «Einsatzgruppe Diamant»»

Die Kantonspolizei ist aufgeteilt in Verkehrs-, Sicherheits-, Kriminal-, Flughafen- und Regionalpolizei. Hinzu kommen die Bereiche Prävention, Logistik und Verwaltung. In allen Bereichen bin ich stets beeindruckt von der Leidenschaft und der hohen Professionalität, mit der die Frauen und Männer bei der Kantonspolizei Zürich ihre Arbeit machen. Sie sind sich immer bewusst, dass sie Teil einer grossen Organisation sind, welche für die Sicherheit der Bevölkerung in unserem Kanton sorgt.

PAROLEN

Abstimmung vom 3. März 2024

KANTON

- JA** Verfassung: Änderung der Voraussetzungen für die Wahl an die obersten Gerichte
- NEIN** A. Volksinitiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung («Anti-Chaoten-Initiative»)
- JA** B. Gegenvorschlag des Kantonsrates
Stichfrage: für Vorlage B
- JA** Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung» (Uferinitiative)
- NEIN** Verlängerung der Pisten 28 und 32

evpzh.ch/abstimmungen/kantonal

BUND

- NEIN** Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente
- NEIN** Renteninitiative

Details: evppev.ch/abstimmungen

EDITORIAL



Chiara Haller
Jüngste EVP-Kandidatin der Nationalratswahlen
Steinmaur

Am Bahnhof fragte mich letzthin jemand nach Geld. Ich war bereit, ihm ein paar Franken zu geben. Doch dann versuchte die Person, nach meinem Geldbeutel zu greifen. Der Alltag in unserer Gesellschaft besteht aus viel Lieblosigkeit. «Ich, mich, meiner, mir – Herr, segne diese vier» scheint das Motto vieler Menschen zu sein. Es gibt aber auch andere Menschen. Die Bibel sagt: «Alles, was ihr tut, soll

in Liebe geschehen!». Eine tägliche Herausforderung. Kann ich meine Tätigkeiten liebevoll erledigen? Menschen in Liebe begegnen? Das ist meine Grundhaltung – auch wenn ich es nicht immer schaffe. Um diese Haltung auch in der Politik umzusetzen, entschied ich mich, Mitglied der EVP zu werden. Das «E» machts aus. «Evangelisch» heisst für mich, gemeinsam dieses Motto in die Politik einzubringen. Diese Grundhaltung von Gottes Liebe kann schon im Kleinen einen grossen Unterschied machen.

Chiara Haller



NEIN zur 13. AHV-Rente

Nicht mit der Giesskanne gegen Altersarmut



Marc Jost
EVP-Nationalrat
Thun BE

Niemand würde eine 13. AHV-Rente auf dem Konto zurückweisen. Doch löst sie die Altersarmut? Die bestehenden Ergänzungsleistungen tun dies gezielter. Und wer bezahlt die dafür erforderlichen anfänglich fast 4 Milliarden? Die EVP lehnt die Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (für eine 13. AHV-Rente)» ab.

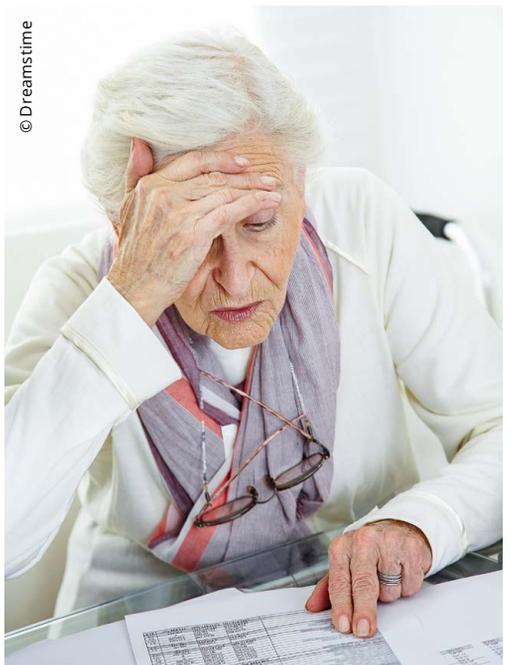
Die AHV-Maximalrente liegt derzeit bei CHF 2450. Das reicht nicht. Wer kein Geld von einer Pensionskasse bekommt und auch kein Vermögen hat, erhält deshalb Ergänzungsleistungen. Das sind immerhin ca. 12 % der AHV-Berechtigten, also einer oder eine von acht. Die anderen sieben brauchen diese zusätzliche Zahlung nicht. Auch ihnen mehr AHV ausbezahlen, wäre eine immense Verschwendung der Gelder,

ohne dass den wirklich Bedürftigen nachhaltig geholfen wäre.

Natürlich hätten viele den Zustupf trotzdem gerne. Doch wer soll das bezahlen? Die Nationalbank sicher nicht, das ist nicht ihr Auftrag. Und auch die (Mehrwert-) Steuerzahler und Arbeitnehmerinnen wehren sich gegen höhere Abgaben. Es sind dies vor allem die Jüngeren, denen immer höhere Lasten zugunsten der wachsenden älteren Bevölkerung aufgebürdet werden. Die AHV-Rechnung geht so nicht auf.

«Natürlich hätten viele den Zustupf trotzdem gerne. Doch wer soll das bezahlen?»

Die EVP will der AHV als wichtigem Standbein der Altersvorsorge Sorge tragen und lehnt deshalb die gut gemeinte, aber nicht finanzierte 13. AHV-Rente ab. Die EVP-Delegierten haben mit 58 Nein zu 22 Ja die NEIN-Parole beschlossen.



© Dreamstime

Zum Glück gibt's Ergänzungsleistungen!

ANZEIGE



Fusspflege für sie und ihn

Sandra Gallizzi
Dipl. Fusspflegerin
Neunbrunnenstrasse 18
8050 Zürich, 079 511 29 91



Baugenossenschaft Josefstrasse 32

Josefstrasse 32, 8005 Zürich
Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, sekretariat@bgj32.ch





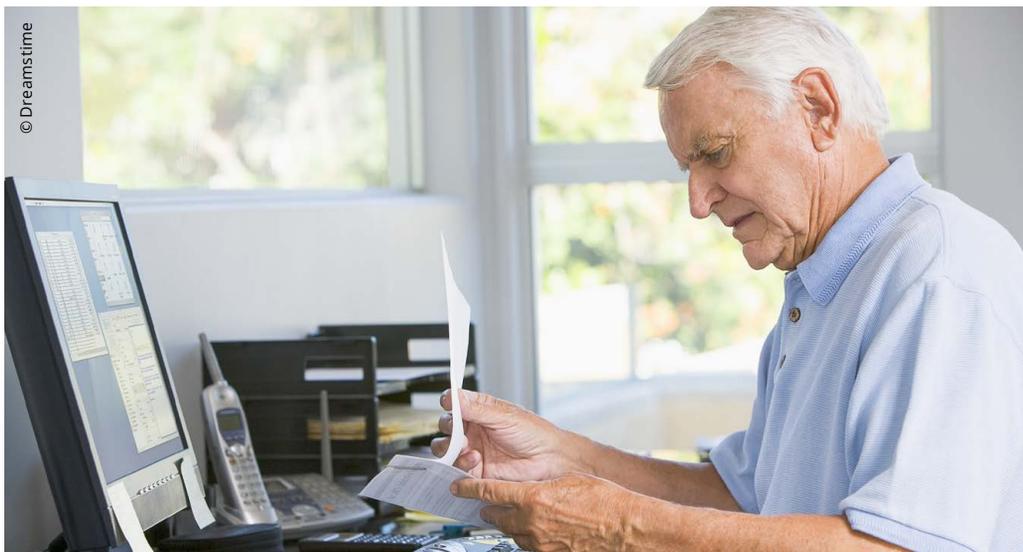
Familienferien, Gruppenaufenthalte und Seminare im CVJM Zentrum Hasliberg.

www.cvjm-zentrum.ch, info@cvjm-zentrum.ch



NEIN zur Renteninitiative

Zuerst Erhöhung des Frauenrentenalters abschliessen



Ist er noch erwerbstätig oder schon Rentner?



Lilian Studer
Präsidentin EVP Schweiz
Wettingen AG

Soll das Rentenalter generell erhöht werden, um die Finanzierung der AHV zu sichern? Für die EVP kommt diese Idee zu früh. Sie sagt deshalb Nein zur Volksinitiative (VI) «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)».

Die VI der Jungfreisinnigen verlangt eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters von Männern und Frauen auf 66 Jahre. Nach diesem ersten Schritt fordert sie eine Bindung des Rentenalters an die durchschnittliche Lebenserwartung der schweizerischen Wohnbevölkerung im Alter von 65 Jahren.

Im Parlament wurde die Initiative nur von der FDP und vereinzelt aus der SVP unterstützt. Auch die EVP-Mitglieder des Nationalrats haben sich mit der Mehrheit des Rats dagegen ausgesprochen. Zwei wichtige Argumente für das Nein waren: Erst 2022 hat das Stimmvolk der Erhöhung des Frauenrentenalters äusserst knapp zugestimmt. Bereits jetzt eine weitere Erhöhung durchzudrücken, kommt

einem Wortbruch den Frauen gegenüber gleich. Zuerst soll diese Revision umgesetzt werden. Zweitens hat das Parlament bei der Behandlung der AHV 21-Vorlage dem Bundesrat schon den Auftrag erteilt, dass er bis spätestens 2026 aufzeigen muss, wie die Finanzierung der AHV ab 2030 gesichert werden soll. Eine Verankerung des Rentenalters in der Bundesverfassung würde den dafür nötigen Spielraum entziehen.

«Erst 2022 hat das Stimmvolk der Erhöhung des Frauenrentenalters äusserst knapp zugestimmt. Bereits jetzt eine weitere Erhöhung durchzudrücken, kommt einem Wortbruch den Frauen gegenüber gleich.»

Die Delegiertenversammlung der EVP ist ihrer Nationalratsdelegation gefolgt. Sie hat mit 17 Ja zu 66 Nein die NEIN-Parole beschlossen. Die EVP vertraut darauf, dass die Stabilisierung der AHV rechtzeitig angepackt wird.

IN KÜRZE

Verwaltungsgericht

26 Jahre am Verwaltungsgericht Zürich beschäftigte sich **Dr. iur. Lukas Widmer, Zürich**, als Präsident der 1. Abteilung des Gerichts mit dem Baurecht, mit Fragen des Denkmalschutzes und mit der ausländerrechtlichen Administrativhaft. Zuvor hatte er als Richter auf der 4. Abteilung vor allem mit Personal- und Bildungsrecht zu tun. Seit 2021 arbeitete er wieder als teilamtlicher Richter und ist nun 66-jährig auf Ende November 2023 in den Ruhestand getreten.

Am 13. November 2023 wurde **Dr. iur. Josua Raster, Hinwil**, vom Kantonsrat als neuer teilamtlicher Richter am Verwaltungsgericht des Kantons Zürich gewählt. Er war während rund 10 Jahren Leiter des Rechtsdiensts im kantonalen Amt für Raumentwicklung und zuletzt auch stellvertretender Amtschef. Seit Oktober 2021 ist er selbständig tätig als juristischer Berater im Planungs- und Baurecht (Keel & Raster GmbH, Winterthur).



Josua Raster, Hinwil

Bezirksgericht Pfäffikon

Für das frei gewordene Präsidium des Bezirksgerichts Pfäffikon bewirbt sich **Ic. iur. Margrit Sigrist-Tanner**. Sie wohnt mit ihrer Familie in Pfäffikon und bringt Erfahrung als Bezirksrichterin und EVP-Ersatzrichterin am Obergericht mit. Die Kampfwahl an der Urne findet am 3. März statt.



Margrit Sigrist-Tanner, Pfäffikon

Redaktionsteam

Seit dieser Ausgabe des EVPINFO wirkt neu **Stéphanie von Walterskirchen, Zürich**, im Redaktionsteam mit. Sie ist EVP-Mitglied im Zürcher Kreis 6/10, sowie Mitglied der Kreisschulbehörde Waidberg.

IMPRESSUM

Redaktion: Mark A. Wisskirchen (mw), Kloten. **Redaktionsteam:** Jörg Altorfer (ja), Zürich, Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Hanspeter Hugentobler (hph), Pfäffikon, Pascale Leuch (pl), Winterthur, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Zürich, Peter Schächli (ps), Wädenswil, Stéphanie von Walterskirchen (svw), Zürich, David Zimmermann (dz), Illnau, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeitende:** Chiara Haller, Steinmaur, Barbara Huizinga, Winterthur, Marc Jost, Thun, Tobias Mani, Wädenswil-Au, Markus Schaaf, Zell-Rämismühle, Lilian Studer, Wettingen, Alex Würzer, Winterthur. **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, inserate@evpzh.ch. **Herausgeber/Inserate:** EVoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, Tel. 031 351 71 71, info@evppev.ch. **Gestaltung:** PS Werbung AG (psw.ch), Bachenbülach. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement:** Einzel CHF 34,50, Gruppen CHF 1. Höhere Beiträge werden für zusätzliche Gruppen-Abos verwendet. **IBAN:** CH18 0070 0110 0015 4656 4. **WEMF/KS-beglaubigt:** 34703 Ex. **Erscheinungsweise:** 4× jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung der Redaktion und/oder der EVP ZH wiedergeben.

JA zur Änderung der Verfassung

Richterinnen und Richter sollen spätestens mit 68 Jahren aufhören



Tobias Mani
EVP-Kantonsrat
Au-Wädenswil

Unter dem Titel «Änderung der Voraussetzungen für die Wahl an die obersten Gerichte» wird über eine unbestrittene Änderung der Kantonsverfassung abgestimmt. Neu müssen Mitglieder der obersten kantonalen Gerichte eine juristische Ausbildung vorweisen und sollen spätestens mit 68 Jahren in Pension gehen.

Die Richterinnen und Richter im Kanton Zürich müssen alle sechs Jahre wiedergewählt werden. Letztmals ist dies vor dem 65. Geburtstag möglich. Ab dann bestimmen die Gewählten selber, wann sie zurücktreten wollen. Sie können bis 71 zuwarten. Das führt zu grossen Ungleichheiten. Auch auf Druck des Bundesgerichts wird neu das Rücktrittsalter einheitlich auf höchstens 68 Jahre festgelegt.

Über diese Neuregelung muss das Volk obligatorisch abstimmen. Der Kantonsrat benützt diese Gelegenheit für zwei weitere kleine Anpassun-

gen. So wird an den obersten kantonalen Gerichten das Laienrichtertum abgeschafft. Dieses gibt es seit einigen Jahren auch an den Bezirksgerichten nicht mehr. Und sodann sollen Ausnahmen von der Wohnsitzpflicht im Kanton möglich werden. Wenn diese zum Beispiel für das Handelsgericht aufgehoben werden sollte, genügt dafür künftig eine Gesetzesänderung.

Die Delegiertenversammlung der EVP empfiehlt einstimmig ein JA.

NEIN zur Anti-Chaoten-Initiative

Ja zum Gegenvorschlag



Markus Schaaf
EVP-Kantonsrat
Zell-Rämismühle

Die Anti-Chaoten-Initiative verlangt, dass die Kosten für Polizeieinsätze und Sachbeschädigungen bei Demonstrationen oder illegalen Hausbesetzungen künftig von den Veranstaltern und Verursachern bezahlt werden. Die EVP hält dies für so nicht durchsetzbar. Sie unterstützt deshalb den Gegenvorschlag. Nur vorsätzlich handelnde Verursacher sollen die Kosten ausserordentlicher Polizeieinsätze zwingend tragen.

Die Kosten für Polizeieinsätze und Sachbeschädigungen bei gewalttätigen Demonstrationen und Kundgebungen oder bei illegalen Hausbesetzungen sind ein grosses Ärgernis. Wer muss sie bezahlen? Wenn solche Ereignisse aus dem Ruder

laufen, ist es sicher richtig, die Verursacher zur Kasse zu bitten. Dies muss aber mit Augenmass geschehen.

Die «Anti-Chaoten-Initiative» geht der EVP zu weit. Sie greift zu tief in die Autonomie der Gemeinden ein. Die EVP unterstützt deshalb den Gegenvorschlag. Die Kosten für ausserordentliche Polizeieinsätze sollen nur dann zwingend den Verursachern überbunden werden, wenn diese vorsätzlich gehandelt haben.

«Wenn solche Ereignisse aus dem Ruder laufen, ist es sicher richtig, die Verursacher zur Kasse zu bitten. Dies muss aber mit Augenmass geschehen.»

Die Delegierten der EVP sind ihren Kantonsräten gefolgt und empfehlen mit nur zwei Gegenstim-

men ein NEIN zur Initiative und ein JA zum Gegenvorschlag. Bei der Stichfrage ist folglich die Variante B anzukreuzen.



Wer bezahlt für den Polizeieinsatz?

ANZEIGE



20 Jahre

bk

beutterküchenag

info@beutterkuechen.ch
+41 43 455 20 20

JA zur Uferinitiative

Die Zürcher Gewässer gehören der Natur und der Öffentlichkeit



Uferwege führen zum Einklang von Natur, Wandern und Erholung.



Tobias Mani

EVP-Kantonsrat, Vizepräsident
des Initiativkomitees
Au-Wädenswil

Die Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung» (Uferinitiative) verlangt den Schutz, die Aufwertung und die verbesserte öffentliche Zugänglichkeit von See- und Flussufern. Die Ufer sollen beim Bau von durchgehenden öffentlichen Uferwegen naturnah gestaltet werden. Wo es der Naturschutz erfordert, verläuft der Uferweg über Stegbauten oder wird von der Uferlinie abgesetzt geführt. Die EVP ist seit den Anfängen bei der Initiative dabei.

Die bestehenden Uferwege sind sehr beliebt. Für den Zürichseeweg besteht seit 50 Jahren ein kantonaler Richtpläneintrag. Zudem sind See- und Flussufer auch nach Bundesrecht freizuhalten und sollen öffentlich zugänglich sein. Bei der Umsetzung hapert es aber seit Jahren gewaltig. Obwohl jedes Jahr mindestens 6 Millionen zur Verfügung stehen, wurden in den letzten zehn Jahren nur 180 Meter gebaut.

Natur profitiert

Weil beim Uferweg praktisch Stillstand herrscht, wurde auch die ökologische Aufwertung der für die Natur äusserst wichtigen Uferpartien verschleppt. Meistens sind die Ufer, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich

sind, mit tristen Ufermauern ausgestaltet. Das ändert erst mit dem Bau des Uferwegs. Deshalb unterstützen auch Exponenten des Naturschutzes wie EVP-Nationalrat Nik Gugger (Bird Life) und EVP alt Kantonsrat Geri Fischer (alt Präsident Pro Natura) unsere Initiative.

«Meistens sind die Ufer, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, mit tristen Ufermauern ausgestaltet. Das ändert erst mit dem Bau des Uferwegs.»

Gegner malen schwarz

Für die fehlenden Uferwege gibt es noch keine fertigen Projekte. Deshalb sind auch ihre Kosten noch nicht bekannt. Die Gegner operieren mit masslos übertriebenen Zahlen von gegen 500 Millionen Franken. Sie verschweigen, dass auf Ufergrundstücken häufig schon Wegrechte bestehen und Enteignungen nur in Ausnahmefällen und sowieso nur für einen Uferstreifen vorgenommen werden.

Ja zu einem durchgehenden Uferweg

Die Zeit ist gekommen, die Uferwege jetzt einzufordern. Die Finanzierung ist im Strassengesetz geregelt. Mit der Uferinitiative entfällt zudem die systemfremde finanzielle Beteiligung der Gemeinden.

Die Delegierten der EVP empfehlen mit 59 JA zu nur 2 Nein Zustimmung zur Initiative.

BEHÖRDENMITGLIED



Alex Würzer

Stadtparlamentarier, Winterthur

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... ich mich für soziale Gerechtigkeit und einen sozialverträglichen Weg zur Klimaneutralität einsetzen möchte;
- ... die EVP die glaubwürdige Stimme gegen Ausbeutung und Menschenhandel ist;
- ... der Glaube an Jesus Christus mich zu politischem Handeln ermutigt und antreibt.

NEIN zu Pistenverlängerungen

Sicherheit mit dem heutigen Pistensystem gewährleistet



Markus Schaaf
EVP-Kantonsrat
Zell-Rämismühle

Dass Fragen rund um den Flughafen die Gemüter erhitzen, ist auch bei EVP-Delegierten nicht anders. Umso wichtiger ist das nüchterne Festhalten der Vor- und Nachteile, welche die Pistenverlängerungen bewirken. Im Zentrum stehen dabei die Reduktion der Komplexität des Flugbetriebes und die Erhöhung der Sicherheit, weil Pistenkreuzungen reduziert werden. Verlängerte Pisten können aber auch das Wachstum fördern. Die Delegierten der EVP gewichten die Bedenken höher als die Vorteile. Sie empfehlen deshalb mit 43 Nein zu 12 Ja die Ablehnung der Vorlage.

Als einer der Gründe für die Pistenverlängerungen wird der 2011 erfolgte Fast-Unfall am Pistenkreuz ins Fed geführt. Die schweizerische Unfalluntersuchungsstelle veranlasste daraufhin eine Sicherheitsüberprüfung und drängte darauf, die Situation mit wirksamen Massnahmen zu verbessern.

Problem Fluglärm

Dass die beiden geplanten Pistenverlängerungen eine Optimierung der Sicherheitsmarge sein könnte, überzeugte die Delegierten nicht. Schon heute kann mit den bestehenden Pisten der Flugbetrieb sicher abgewickelt werden. Auch wenn der Betrieb anspruchsvoll ist, können heute in Kloten alle Flugzeugtypen sicher starten und landen. Und komplex und anspruchsvoll bliebe der Flugbetrieb auch nach einer Pistenverlängerung. Ein weiteres Argument für den geplanten Pistenausbau ist, dass es zu weniger Verspätungen bei den abendlichen Landungen komme und damit

auch eine Reduktion der Lärmbelastung nach 23 Uhr erzielt wird. Den Versprechungen der Flughafenverantwortlichen zu glauben bereitet vielen Menschen Mühe. Sie seien schon zu oft angelogen worden, monieren sie.

«Insbesondere die Bevölkerung von Winterthur und des Oberlands misstraut den Beteuerungen, dass die Flüge nach 23 Uhr erheblich reduziert werden sollen.»

Entgegen den Beteuerungen der Flughafenverantwortlichen befürchteten die Gegner ausserdem eine Erhöhung der Kapazität. Die maximal zulässigen Flugbewegungen sind zwar im Flughafengesetz auf 320 000 pro Jahr begrenzt. Dies lässt gegenüber heute aber immer noch ein Wachstum um fast 50 000 zusätzliche Flugbewegungen zu.

Es muss anerkannt werden, dass der Flughafen sich in den vergangenen Jahren klar zu den Klimazielen des Regierungsrats bekannt hat und sich darum bemüht, diese schrittweise zu erreichen. Dennoch fehlt heute von Seiten des Flughafens ein klares Bekenntnis, dass kein quantitatives Wachstum angestrebt wird. Ebenso fehlen Aussagen, wie die Bevölkerung im Osten des Kantons für die zusätzliche Lärmbelastung entschädigt würde, welche die Pistenverlängerungen zur Folge hätten.

Während der intensiven Beratungen im Kantonsrat sah eine Mehrheit der EVP-Kantonsratsfraktion mehr Vor- als Nachteile und sagte Ja zu den Pistenverlängerungen. Sie vermochte die Mehrheit der EVP-Delegierten jedoch nicht zu überzeugen. Diese störten sich an der einseitigen Mehrbelastung durch Fluglärm, sowie am fehlenden Bekenntnis, dass der Flughafen kein weiteres Wachstum und damit mehr Flugbewegungen anstrebt.



Viele befürchten, die Pistenverlängerungen (gelb) könnten zu mehr Fluglärm führen.

ANZEIGE

Eichberg

Eichberg-Cabrio.ch
Restaurant, Events, Seminare, Hotel - HOCHGENUSS!

psw.
DESIGN | WEB | SIGN

**Ihre Kandidatin ...
... für Ihre Werbung**

Tel. 044 864 40 40 | mail@psw.ch | www.psw.ch

Chance für Wohnraum in Zürich nutzen

Altes Kinderspital abreißen oder erneuern für Wohnraum?



Stéphanie von Walterskirchen
Redaktion EVPINFO
Zürich

Das Kinderspital verlässt Hottingen und hat im Spitalcluster auf der Lengg einen neuen Standort gefunden. Mitten im ruhigen Wohnquartier werden damit zehn schöne Gebäude mit 25 000 m² Geschossfläche frei. Soll in diesen Gebäuden Wohnraum entstehen, oder sollen sie abgerissen werden und einem neuen Zahnmedizinischen Zentrum Platz machen?

Stand der Dinge

Das Areal liegt in der Zone für öffentliche Bauten. Der Regierungsrat will es weiterhin öffentlich nutzen und für ein neues Zentrum für Zahnmedizin (ZZM), Lehre und Forschung verwenden. Ein Wettbewerb wurde durchgeführt und ein erstes Projekt ausgewählt.

«Die Chance, mitten in Hottingen neuen Wohnraum zu schaffen, soll ergriffen werden.»

Das Areal eignet sich aber auch hervorragend für Wohnzwecke. Bis 2050 wächst die Stadt um weitere 100 000 Personen. Damit dürfte die Wohnungsnot in der Stadt Zürich noch grösser werden. Erschwerend kommt hinzu, dass z. B. Senioren und Seniorinnen gerne in eine kleinere Wohnung umziehen würden, sich diese aber nicht leisten können. So werden schöne Familienwohnungen nicht frei.

Was ist zu tun?

Seit 2009 wird aus fast allen politischen Lagern eine Umnutzung zu Wohnzwecken verlangt. Das Areal des alten Kinderspitals soll wieder dem Siedlungsgebiet zugeführt werden. Die

Chance, mitten in Hottingen neuen Wohnraum zu schaffen, soll ergriffen werden. Die EVP plädiert in ihrer DNA für den konsequenten Ausbau des Angebots z. B. für betreutes Wohnen, Generationenhäuser oder Alters-WGs. Unser Kantonsrat Michael Bänninger setzt sich von Seiten der EVP-Fraktion bereits für eine Motion ein, welche eine «Anpassung Richtplaneintrag altes Kinderspital Zürich» verlangt (KR-Nr. 28/2023). Weitere sind in Bearbeitung.

Was spricht dafür?

1. Das Areal wird im Herbst 2024 frei.
2. Es entstehen 25 000 m² neuer Wohnraum.
3. Das sonnig gelegene Gelände liegt mitten im ruhigen Wohnquartier.
4. Das ZZM bringt mehr Verkehr. Die engen, unübersichtlichen Quartierstrassen bestehen hauptsächlich aus Einbahnstrassen.
5. Es gibt schweizweit viele Beispiele für die Umnutzung von Spitalgebäuden in günstigen Wohnraum.



Das alte Kinderspital eignet sich bestens für Wohnraum im ruhigen Quartier Hottingen.

VORSTÖSSE IM NATIONAL- UND KANTONS RAT

Schutz nationaler Biotope

EVP-Nationalrat **Nik Gugger, Winterthur**, verlangt vom Bundesrat Auskunft zum Schutz der Biotope von nationaler Bedeutung. Zahlreiche Pestizide gefährden bedrohte Arten und Lebensräume. (23.7944)

Höhere AHV für bedürftige Rentenbezüger

Die EVP-Nationalräte **Nik Gugger, Winterthur**, und **Marc Jost, Thun**, sind Mitunterzeichner einer Motion, die eine Erhöhung der AHV-Renten ausschliesslich für bedürftige

Bezüger verlangt. Der Nationalrat hat die Motion bereits unterstützt, sie wird nun im Ständerat behandelt. (23.3239)

Verschleppte Stipendiengesuche

EVP-Kantonsrat **Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon**, kritisiert die langen Bearbeitungsfristen von Stipendiengesuchen. Erst nach öffentlichem Druck wurden 2022 erste kleinere Massnahmen gegen die zu langen Bearbeitungsfristen ergriffen. (199/2023)

Einschränkungen im regionalen Personenverkehr

Mit einer Dringlichen Anfrage weist EVP-Kantonsrat **Daniel Sommer, Affoltern a. A.**, auf die unerwünschten Auswirkungen der Sparmassnahmen des Bundes im regionalen Bahnverkehr. Das qualitativ hochwertige Angebot im regionalen Personenverkehr wird damit gefährdet. Das widerspricht den Klimazielen. (387/2023)

Details: parlament.ch und kantonsrat.zh.ch

(Er-)Staunen in Winterthur

EVP-Parlamentspräsidentin erlebt engagierte Menschen



Barbara Huizinga
EVP-Gemeinderätin
Winterthur

Während meinem Präsidiumsjaar 2023/24 im Parlament von Winterthur habe ich das Privileg, neben der Sitzungsleitung auch zahlreiche, vielfältige Veranstaltungen zu besuchen.

Dabei bin ich immer wieder erstaunt über das Engagement, die Kreativität und Ausdauer vieler Menschen in Winterthur, die sich für eine lebendige Gesellschaft einsetzen. Einige Beispiele:

- Eine Frau aus Südafrika bietet unentgeltlich Fahrradkurse für Menschen mit Migrationshintergrund an, da sie erkannt hat, dass es in Winterthur von Vorteil ist, Velofahren zu können
- Ein Mann aus Tibet, der als Kind unter nicht ganz korrekten Umständen in die Schweiz adoptiert

worden war, setzt sich heute für die Versöhnung der Völker ein.

- Viele Freiwillige in allen Stadtteilen organisieren jedes Jahr Feste der Begegnung für ihre Quartierbevölkerung.

«Als EVP-Politikerin geniesse ich ein gewisses «Vorschussvertrauen»

Auch «lockere» Anlässe, wie das Spiel des FC Stadtverwaltung gegen den FC Nationalrat, bei dem ich im riesigen Wankdorf den Anstoss ausführen durfte, stehen auf meinem Programm.

Wenn ich etwas in diesem Jahr bewirken kann, dann ist es die Förderung des Dialogs zwischen Menschen unterschiedlichster Hintergründe. Als EVP-Politikerin geniesse ich ein gewisses «Vorschussvertrauen». Oft öffnen sich die Menschen

und teilen ihre Freuden und Sorgen mit. Dabei kann ich genau das weitergeben, für was «meine EVP» steht: Hoffnung, Empathie und ein weites Herz für ALLE Menschen!



Vor dem Spielstart im Wankdorf-Stadion

Zürich: Belegungsvorschriften lindern Wohnungsnot

Die Einkommensbegrenzung bei günstigen Wohnungen ist unter Druck



Jörg Altorfer
Redaktion EVPINFO
Zürich

Die linke Mehrheit im Zürcher Gemeinderat will keine Einkommensbegrenzung bei den wenigen günstigen Wohnungen, die private Investoren nach neuem Baugesetz anbieten müssen. Aus Sicht der EVP verliert die Verordnung damit ihre soziale Wirkung.

Der Zürcher Gemeinderat hat am 10. Januar 2024 die Umsetzungsverordnung 49b zum Planungs- und Baugesetz beraten. Private Investoren werden verpflichtet, bei Aufzonen und Gestaltungsplänen, die eine Mehrausnutzung erlauben, rund 10 % günstige Wohnungen zu bauen. Der Stadtrat entwarf drei Belegungsvorschriften: Einkommens- und Vermögensobergrenzen, Belegungsquote (Anzahl Zimmer minus 1 = Mindestanzahl Bewohner) und Wohnsitzpflicht.

«Private bevorzugen nicht freiwillig ärmere Mieter.»

Die links-grüne Mehrheit im Gemeinderat strich die Einkommensbegrenzung. Sie gilt bei der

Stadt nur für subventionierte Wohnungen. Hier geht es um Wohnungen zur Kostenmiete, die den Steuerzahler nichts kosten. Erfahrungen der Wohnbaugenossenschaften hätten gezeigt, dass die reiche Mieterschaft mit der Belegungsquote genügend abgeschreckt wird.

Während die SVP gar keine Belegungsvorschriften will, da das unnötige Bürokratie sei, teilen GLP, Mitte und EVP den Vorschlag von Stadtrat André Odermatt. Private Vermieter bevorzugen nicht freiwillig ärmere Mieter, wenn sie bis zu 100 Interessenten haben. Die EVP will diese wenigen Wohnungen den Familien mit niedrigem Einkommen reservieren, die sonst bei Abriss und Neuüberbauung aus der Stadt verdrängt würden (siehe EVPINFO 173). Laut Kommissionsmitglied Claudia Rabelbauer (EVP) würde die Einkommensüberprüfung wie bei den Kinderkrippen ohne grossen Aufwand funktionieren.

Überraschenderweise hat die AL in der Schlussabstimmung eine Woche später der Vorlage die Unterstützung entzogen und eine Wiederholung der Debatte verlangt. In der angedrohten Volksabstimmung wäre es ihr als «Mieterschutzpartei» wohl schwierig gefallen, ihre Wählerinnen und Wähler zu überzeugen.

STATEMENT



Donato Scognamiglio

Kantonsrat
Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK)
Teufen-Freienstein

Votum vor der Abstimmung zum Steuerfuss (Dezember 2023)

Regierungsrat und Finanzdirektor Ernst Stocker verlangten vom Kantonsrat eine moderate Steuersenkung um nur 1 % auf neu 98 %. Ursprünglich hatten sie 2 % angekündigt. Die aktuelle Steuersenkung von 1 % schlägt sich mit 75 Mio. Franken Mindereinnahmen nieder.

Die EVP hat den Regierungsantrag von Anfang an unterstützt. Dazu Donato Scognamiglio:

«Die besten Kühe im Stall soll man nicht metzgen, sondern melken. Letztendlich sind wir auf gute Steuerzahlende angewiesen.»

WÜRZMEISTER – eine Sozialfirma mit Herz

Tania Woodhatch geht neue Wege



David Zimmermann
Redaktion EVPINFO
Illnau

Tania Woodhatch hat eine Firma gegründet, die den Geschmackssinn der Kunden und die Lebensqualität ihrer Mitarbeitenden steigert. Allein schon eine Nase voll im WÜRZMEISTER in Kloten lohnt sich.

Mein Besuch bei dieser Firma mit Herz hat mich überrascht und begeistert. Tania Woodhatch, geb. 1980, Tochter eines Engländers und einer Norwegerin, war unterwegs zu einer Karriere als Finanzfachfrau im Private Banking. Dann landete sie durch Gottes Führung im Nonprofit-Bereich und bei den Gewürzen.

«Seit 2014 wurden rund 100 Personen in schwierigen Lebenslagen aufgefangen und begleitet.»

Zu Beginn war das Mischen von Gewürzen nur als Hobby für ihren Mann gedacht, der durch einen Unfall erwerbsunfähig geworden war. Sie verschenkten die Produkte. Als die Nachfrage jährlich um 40 bis 50 % stieg, gründeten sie 2012 die Firma WÜRZMEISTER. Ab 2014 nahmen die ersten Personen mit Lebenskrisen an der Tagesstruktur teil. Mit steigender Belastung musste Tanja 2016 ihren Hauptjob kündigen, um sich ganz auf ihr Startup zu fokussieren. Würzmeister wurde als GmbH im Handelsregister eingetragen. 2021 konnte der Betrieb aus der Privatwohnung von Tania an die Gerbegasse 10 in Kloten umziehen. Hier gibt es einen Kundenladen, eine Gewürzmanufaktur und ein Gewürzlager.

Würzmeister ist kein gewöhnlicher Laden, sondern auch Therapiestation. Die Zielgruppe umfasst Menschen zwischen 16 und 65, für die weder der erste noch der zweite Arbeitsmarkt passt und die mehrfach belastet sind (Gesundheit, Psyche, Soziales, Sucht und mehr). Das Angebot hebt sich in vier Punkten von anderen Therapien ab:

1. Die Teilnehmenden benötigen keinen Kostenträger wie z. B. eine IV-Rente.
2. Das Pensum wird individuell angepasst.
3. Förderung der Selbstständigkeit ohne Leistungsdruck, dafür vertrauensvoller Umgang miteinander
4. Unterstützung der Mitarbeitenden über das Geschäftliche hinaus, wie z. B. Besuche im Spital, in der Klinik, im Gefängnis, oder Hilfe bei privaten Angelegenheiten.

So wuchs WÜRZMEISTER dank dem sozialen Engagement mit atemberaubendem Tempo.

Seit 2014 wurden rund 100 Personen in schwierigen Lebenslagen aufgefangen und begleitet. Mehrere fanden Anschluss im ersten Arbeitsmarkt. Andere konnten stabilisiert werden, sie brauchten weniger Psychopharmaka oder weniger Klinikaufenthalte.

Während der letzten neun Jahre wurde die Begleitung ehrenamtlich geleistet. Durch die Vergrößerung des Teams von 8 auf 36 Personen ist die kostenlose Begleitung nicht mehr möglich. Tania hat deshalb eine Ausbildung zur Arbeitsagogin begonnen, damit ihre Leistungen in Zukunft von der öffentlichen Hand anerkannt und vergütet werden.

Bis 2019 wurde das soziale Engagement durch die GmbH getragen. Damit es durch Spenden finanziert werden kann, gründete Tanja den Verein Lebens-Anker. Tantias Wunsch: Mehr Fundraising für den Verein, um mehr Menschen zu unterstützen!



Tanja Woodhatch in ihrem zauberhaften Gewürzlädeli

Würzmeister GmbH
Gerbegasse 10, Kloten

Verein Lebens-Anker, Kloten
lebens-anker.ch

ANZEIGE

UFER JA INITIATIVE

FREIE UFER FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Am 3. März 2024 Uferschutz in die Zürcher Verfassung.

uferinitiative.ch

Pflege im Alter - Rundum gut betreut.



Mitten im romantischen Tösstal finden pflegebedürftige Menschen bei uns das optimale Umfeld für Langzeitaufenthalte aller Pflegestufen, für palliative Pflege oder Akut- und Übergangspflege nach einem Spitalaufenthalt.

Das ZENTRUM RÄMISMÜHLE ist von allen Krankenkassen anerkannt. Unsere Tarife liegen im Rahmen der Ergänzungsleistungen des Kantons Zürich. Somit ist der Aufenthalt bei uns in der Regel unabhängig von Einkommen und Vermögen finanzierbar.

Weitere Informationen unter www.zentrum-raemismuehle.ch oder kontaktieren Sie uns, wir beraten Sie gerne!

Ausstattung

- Grosszügige Einer- oder Zweierzimmer mit WC/Dusche
- Direktwahltelefon
- Kabelanschluss für TV, Radio und Internet

Pflege und Betreuung

- Ausgebildetes und erfahrenes Pflegefachpersonal
- Eigener Heimpfarrer
- Betreuung durch Hausarzt (freie Arztwahl)
- Keine starren Besuchszeiten



Fordern Sie unsere detaillierten Unterlagen an:

ZENTRUM RÄMISMÜHLE | Mühlestrasse 8 | 8487 Rämismühle
Beratung und Koordination | 052 396 44 33 | beko@raemismuehle.ch



LEBEN IM ZENTRUM



S-Deposito⁺

Mehrwert für Ihr Vermögen.



Hochreines Silber zu attraktiven Preisen ohne MwSt.



Physische Silberbestände zu 100 % in Kundeneigentum



Umfassend versicherte Einlagerung im Schweizer Zollfreilager



Hochliquide durch täglich zwei Handelstermine



Tauschfunktion mit S-Deposito-Kunden und Akzeptanzstellen



24/7 Depot-Zugang mit persönlicher Bestandsverwaltung

JEVP Zürich zu Besuch in der Arena

Eine Gelegenheit, nahe an der politischen Diskussion zu sein



Renato Pfeffer
EVP-Gemeinderat
Richterswil

Am 1. März wird die Junge EVP (JEVP) Kanton Zürich die Arena bei SRF besuchen. Die Arena ist gerade vor Abstimmungssonntagen bekannt für den politischen Schlagabtausch zwischen den Parteien. Als Zuschauer werden wir uns zurückhalten. Umso spannender wird die Diskussion danach.

Als JEVP waren wir vor sechs Jahren schon einmal zu Besuch in der SRF Arena (siehe Bild). Damals war Bundesrätin Simonetta Sommaruga dabei und vertrat die Meinung des Bundesrates. Die anschliessenden Begegnungen beim Lunch waren fast noch spannender.

Die Medien als vierte Staatsgewalt sind sehr wichtig für unsere direkte Demokratie. Unter

anderem stehen aktuell auch wieder Fragen über die Finanzierung der Angebote, respektive eine Kürzung der Serafe-Gebühren auf Bundesebene zur Diskussion.

«Am 1. März werden wir mit Mitgliedern, Freundinnen und Freunden der JEVP im SRF Studio die Arena zu einem aktuellen politischen Thema live miterleben.»

Als Jungpartei wollen wir einen Einblick in die Arbeit beim SRF erhalten und die Diskussion der Politikerinnen und Politiker anhören. Am 1. März 2024 werden wir mit Mitgliedern, Freundinnen und Freunden der JEVP im SRF Studio die Arena zu einem aktuellen politischen Thema live miterleben. Was bewegt unsere Gesellschaft? Was sind die Meinungen dazu? Wie gehen wir mit unterschiedlichen Einstellungen und Weltanschauungen um? Die Gespräche

werden sicher nach der Aufnahme der Sendung mit Teilnehmenden der Arena weitergehen.

Haben wir dein Interesse geweckt? Noch gibt es freie Plätze für Mitglieder und Freunde der JEVP ZH bis im Alter von ca. 35. Starten werden wir 17.15 Uhr vor dem SRF Studio Zürich.

Anmelden kann man sich über info@jevz-zh.ch



Die JEVP ZH zu Besuch in der Arena im Mai 2018 mit der damaligen Bundesrätin Simonetta Sommaruga und dem Moderator Jonas Projer (mit Krawatte)

Dank an Ursi Cossalter und Nancy Bolleter

Beide verlassen den Vorstand der Zürcher EVP-Frauen



Stéphanie von Walterskirchen
Redaktion EVPINFO
Zürich

Seit der Gründung vor 25 Jahren waren sie wichtige Kräfte des EVP-Frauennetzwerks. Am «Drei-Königinnen-Treffen» 2024 traten Ursi Cossalter und Nancy Bolleter aus dem Vorstand der Zürcher EVP-Frauen zurück.

Ursi Cossalter war 1999 mit dabei, als das Kantonale Frauennetzwerk gegründet wurde. Nancy war fast 10 Jahre Zürcher EVP-Kantonsrätin (1995 bis 2004) und war einige Jahre Präsidentin der EVP-Frauen Schweiz. Ab 2005 beteiligte sie sich an den Aufgaben unseres Frauennetzwerks. Beide, Ursi und Nancy, organisierten während vieler Jahre Ausflüge, Treffen und Anlässe für Frauen. Wichtige Kontakte unter Frauen entstanden und wurden zu politischen Ämtern motiviert. Es fand ein Austausch unter Amtsträgerinnen statt. So besteht unser Frauennetzwerk bis heute.

Zürcher EVP-Frauennetzwerk 1998 bis 2024
1998 suchte Maja Ingold Frauen zur Gründung der ersten kantonalen Frauengruppe. Schon im Juni 1999 fand das erste Treffen in Wetzikon statt. Im September darauf wurde zu einem «politischen Frauenmorgen mit Maja Ingold»

in Rüti eingeladen. In diesen ersten Jahren haben Maja und Ursi alle Anlässe organisiert. Im Februar 2002 wurde Majas Arbeit durch die Wahl in den Stadtrat Winterthur honoriert. Ursi und einige andere Mitstreiterinnen stellten 2004 ein Reglement für die Frauenförderung auf. Von da an organisierte ein 5-köpfiger Vorstand die Tätigkeiten.

Am sehr gut besuchten Drei-Königinnen-Treffen freute sich Präsidentin Pia Ernst, den Anwesenden die Präsidentin der EVP-Frauen Schweiz, Melanie Beutler, Bern, und die zwei neu gewählten Vorstandsfrauen kurz vorzustellen, Sandra Gallizzi und Stéphanie von Walterskirchen aus Zürich.



Nancy Bolleter und Ursi Cossalter waren Pionierinnen der EVP-Frauen.

AGENDA

- 3. **Abstimmungen**
Sonntag, 3. März 2024
Kantonale und nationale Vorlagen

- 23. **105. ordentliche Delegiertenversammlung EVP Schweiz**
Samstag, 23. März 2024
10 Uhr, Winterthur

- 6. **107. ordentliche Delegiertenversammlung EVP Kanton Zürich**
Samstag, 6. April 2024
9 Uhr, Thalwil
Nachmittagsprogramm
14 bis 16 Uhr
Abstimmungen vom 9. Juni 2024 und statutarische Geschäfte
Anmeldung: sekretariat@evpz.ch

- 4. **Frauentagung**
EVP Frauen Schweiz
Samstag, 4. Mai 2024
9 bis 16 Uhr, Aarau
Weiterbildungsevent für Frauen jeden Alters aus der ganzen Schweiz.
Anmeldung: info@evppev.ch/frauentagung

- 6. **Treffpunkt Politik für Seniorinnen und Senioren**
Montag, 6. Mai 2024
14 bis 16 Uhr, in Zürich
Treffpunkt für alle, die sich für Politik interessieren, mit Kantonsrat Michael Bänninger.
Anmeldung: sekretariat@evpz.ch

Das vollständige Jahresprogramm 2024 finden Sie unter evpz.ch/aktuelles/termine-evp-zh oder mit dem QR-Code.



EVP-Mitgliedschaft

Wir freuen uns über neue Kräfte, ob jung oder alt, Unternehmerin oder Privatperson, die sich für Politik und ihre Menschen interessieren. Schaffen Sie mit uns gemeinsam weiter an einem guten Miteinander in unserer Gesellschaft. Ihre Ideen und Tatkraft können Veränderung in Ihrem Sinn bewirken.

Melden Sie sich noch heute an unter:
evppev.ch/mitmachen/mitglied-werden



Wie Geier stürzen sich alle auf das frei werdende Kispi-Areal. Auch die EVP will für das Quartier Hottingen möglichst viel Wohnraum herausholen.

EVP-WETTBEWERB

Gutschein für eine Fusspflege im Wert von CHF 95 offeriert von Sandra's Fussoase, Zürich



Lesen Sie das EVPINFO aufmerksam durch und beantworten Sie die nachstehenden Fragen:

FRAGE 1: Wie heisst die Sondereinsatzgruppe der Kantonspolizei? (Seite 1)

FRAGE 2: Wie heisst die gegenwärtige Präsidentin des Winterthurer Parlaments? (Seite 8)

FRAGE 3: Wer hat die Würzmeister GmbH aufgebaut? (Seite 9)

| | |
|----------------------|----------------|
| Name | Adresse |
| | |
| Telefonnummer | E-Mail |
| | |

Ich möchte die EVP unterstützen. Nehmen Sie bitte mit mir Kontakt auf!

Einsendeschluss: 29. Februar 2024
Senden an: EVPINFO, c/o EVP Kanton Zürich
 Josefstrasse 32, 8005 Zürich
 sekretariat@evpz.ch

Gewinner Ausgabe 173
 Thomas Holenweger
 aus Männedorf

